

FLASCHENPOST NEWSLETTER

AUSGABE 37/2011

25.11.2011

Ahoi!

Willkommen zum 37. Newsletter der Piratenpartei. In dieser Ausgabe gibt es wieder aktuelle Neuigkeiten rund um alles was Piraten interessiert. Unter anderem gibt es Hintergrundinformationen zu #Padgate, ein Interview mit der neu in das Europäische Parlament eingezogenen Piratin Amelia Andersdotter, ausführliche Vorstellungen von Anträgen an unseren Bundesparteitag. Außerdem wie immer allerlei Neuigkeiten aus den verschiedenen Verbänden: Bund, Land und international.

Wir hören und lesen uns!

Eure Flaschenpost-Redaktion

Inhaltsverzeichnis

- Internationales
 - [Interview mit Amelia Andersdotter](#)
- Neues aus den Medien
 - [Amerikanische Verwerterlobby plant den großen Wurf](#)
- Piratenpartei
 - [Mein #Padgate nicht mehr... \(Update\)](#)
 - [Anträgevergleich Staat und Religion](#)
 - [SÄA047 – Die Finanzordnung](#)
 - [Dicker Engel: Besprechungen von Programmanträgen zum kommenden BPT](#)
 - [6% in Schleswig-Holstein](#)
 - [Landesparteitag des LV Nordrhein-Westfalen](#)
- Podcasts
 - [Flaschentalk #22 – Die Antragskommission zum BPT 11.2](#)

INTERNATIONALES

[Interview mit Amelia Andersdotter](#)

GESCHRIEBEN VON: DANIEL EBBERT AM: NOVEMBER 22, 2011

In naher Zukunft werden [achtzehn weitere Abgeordnete](#) in das Europäische Parlament einziehen. Von diesen achtzehn neuen Sitzen gehen zwei an Schweden und damit einer an Amelia Andersdotter. Sie war bei der Europawahl 2009 für die Piratenpartei Schweden angetreten und wird nach 2,5 Jahren bald zusammen mit Christian Engström für die

Piratenpartei Schweden im Europäischen Parlament sein. Dazu hat die Flaschenpost sie interviewt.

Flaschenpost: Warum ziehst du erst jetzt in das EU-Parlament ein und nicht schon vor 2,5 Jahren?

Amelia Andersdotter: Vor zweieinhalb Jahren, bei den Europawahlen in 2009, war das Zusatzprotokoll zum Lissaboner Vertrag, welches mir meinen Sitz ermöglichte, noch nicht in Kraft. Diese Protokolle ähneln etwa den EU-Statuten. Sie erläutern wie Entscheidungen entstehen, auf welchen Gebieten und durch wen. Im Dezember 2009, 6 Monate nach den Europawahlen, wurden die Statuten der EU durch den Vertrag von Lissabon geändert.

Der Vertrag von Lissabon erweitert die Anzahl der Sitze im Parlament und verändert auch die Art und Weise der Verteilung der Sitze zwischen den Mitgliedsstaaten. Bisher ergab sich die Anzahl der Sitze im Parlament linear zur jeweiligen Einwohnerzahl des Landes. Zukünftig erhalten größere Mitgliedsländer etwas weniger Sitze und dafür kleiner ein bis zwei Sitze mehr. Schweden wird 2 zusätzliche Sitze erhalten und ich bin für einen davon vorgesehen.

Die Frage was zwischen Dezember 2009, dem in Kraft treten des Vertrags von Lissabon, und heute passiert ist ist etwas schwieriger zu beantworten. Grundsätzlich haben einige der Mitgliedsstaaten, die von der Änderung der Statuten des Europäischen Parlamentes betroffen sind, keine angemessenen demokratischen Werkzeuge um mit diesen Änderungen auf der Landesebene umzugehen.

Das verursachte in einigen Mitgliedsstaaten verfassungsrechtliche Probleme und es hat lange gedauert diese zu bereinigen. Es ist schwierig, denn auf der einen Seite hat die Europäische Union viele Vollmachten und das Versagen der EU, die demokratischen Reformen der Lissaboner Verträge zügig umzusetzen, ist ein Versagen aller Europäer. Weniger Zeit für die Überwindung der konstitutionellen Probleme in den einzelnen Mitgliedsstaaten einzuräumen hätte auf der einen Seite zwar weniger Menschen betroffen wäre aber ein vergleichbares Versagen der demokratischen Rahmenbedingungen gewesen.

Flaschenpost: Was werden deine Rechte und Pflichten als EU-Parlamentarier sein?

Amelia Andersdotter: Technisch gesehen sind die EU-Parlamentarier gewählt um ihren "Wahlbezirk" zu repräsentieren, welcher in meinem Fall Schweden ist. Die Repräsentativität meines Sitzes ist in rechtlicher Hinsicht so sehr stark mit Schweden und der schwedischen Wählerschaft verknüpft. Persönlich sehe ich dies als Problem, da MdEP (Mitglied des Europäischen Parlaments) momentan keine Entscheidungen nur für ihre Wählerschaft sondern für alle Bürger Europas treffen. Ich bin ein Anhänger der Idee, dass MdEP über ihre Herkunft hinaus schauen und das machen, was am Besten für Europa und alle Bürger Europas ist.

Glücklicherweise ist das Parlamentarier sein so etwas wie ein freier Beruf, denke ich, also kann ich meine Rolle einfach so definieren, dass ich Europa und nicht nur Schweden repräsentiere. Die Pflichten der Parlamentarier beinhalten die Repräsentation ihrer Wähler in Komiteetreffen, während der Plenarien in Straßburg und bei Gesetzesabstimmungen. Natürlich hängt das auch davon ab, ob man diese Pflichten als Pflichten gegenüber dem Gesetz oder gegenüber dem gesellschaftlichen Gewissen versteht. Die Rechte von Parlamentariern beinhalten, soweit ich es verstehe, zum Beispiel keine diplomatische Immunität – ich kann nicht, wie es einmal war, straffrei Kaugummis klauen. Ich denke ich könnte

Geschwindigkeitsbegrenzungen überschreiten, wenn ich auf dem Weg zu wichtigen Treffen bin, aber nicht einfach so in meiner Freizeit.

Flaschenpost: Wofür wirst du dich im EU-Parlament einsetzen?

Amelia Andersdotter: Die Europäische Einstellung zum Wettbewerbsrecht muss geändert werden, zumindest ein wenig. Eine bessere Adaption der einzelnen Bereiche - zum Beispiel die fehlende Kontrolle über vertikal integrierte Anbieter verursacht die Situation, dass Telekommunikationsunternehmen (oder Medienriesen) alles gehört, von den Kabeln bis zum Musikstreamingservice – das ist nicht gut. Man sollte zumindest eine Verpflichtung erwarten, die einzelnen Bereiche auseinanderzuhalten. Derzeit wird diese Art der Bündelung – besorgniserregenderweise – eher unterstützt als reguliert, was für eine unfaire Verteilung zwischen den Besitzern der Infrastruktur und ihren Nutzern sorgt. Wettbewerbsrecht beschäftigt sich im Moment hauptsächlich mit horizontaler Integration, zum Beispiel mit der Firma, der alle Kabel im Norden Belgiens gehören (Telenet). Der Telekommunikationssektor hat schon eine Menge guter Gesetze (zum Beispiel das Gesetz zur Netzneutralität in den Niederlanden), aber im größeren Teil von Europa müssen diese noch ausgeweitet werden.

Vielleicht muss das Europäische Parlament oder müssen die europäischen Institutionen bessere Möglichkeiten bekommen um sicherzustellen, dass die Mitgliedsstaaten ihrer Gemeinschaftsverpflichtung auch nachkommen. Speziell was die Telekommunikation angeht habe ich oft gehört, dass die Regelungsvorgaben auf europäischer Ebene nicht genug sind. Es ist kein absolut umfassender Rahmen, dem stimme ich zu, aber die Art wie diese unvollständigen Regularien in den Mitgliedsstaaten implementiert werden ... Ich meine: Es macht keinen Unterschied, wie viele Seiten Gesetzestexte wir in Brüssel verabschieden, wenn die Mitgliedsstaaten dann dafür sorgen, dass alle darin enthaltene Weisheit, wenn überhaupt welche darin ist, konsequent nicht angewendet wird.

Ich interessiere mich auch sehr für gewerbliches Schutzrecht, wie Patentrecht, Rechte an Design oder Marken. Es gibt da eine ganze Reihe von sowas wie Nebeninitiativen, Datenexklusivität in der Pharmaindustrie ist da ein gutes Beispiel, bei dem auch die nicht materielle ökonomische Position von Firmen gestärkt wird, auf eine Art die nicht immer zum Besten der Gesellschaft ist. Eine Sache von der ich weiß, dass die EU sich damit intensiv beschäftigt, und von der ich glaube das die meisten darüber kaum nachdenken, sind Zertifikate. Was ist ein Zertifikat wert, wie werden sie generiert und gehandelt, von wem und zwischen welchen Gruppen?

Flaschenpost: Wirst du, wie auch Christian Engström, der Fraktion „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“ beitreten?

Amelia Andersdotter: Ich gehe davon aus.

Flaschenpost: Wie können Piraten in ganz Europa aktiv werden und die zwei Piraten im EU-Parlament unterstützen?

Amelia Andersdotter: Für mich ist einer der wichtigsten nächsten Schritte bei europäischer Gesetzgebung, dass die Mitgliedsstaatenregierungen und -parlamente mehr Verantwortung für die Position der Staaten im Ministerrat übernehmen. Mit verantwortlich meine ich dabei nicht notwendigerweise, darauf hinzuweisen dass sie alles falsch machen. Ich meine nur, dass ein erhöhtes Interesse an diesen Positionen unserer Mitgliedsstaaten in diesen Regierungsgremien notwendig ist. Das Abkommen von Lissabon gibt Nationalparlamenten die Macht, zu

kontrollieren was die EU und der Ministerrat tut und Nationalparlamente müssen von ihrer Bevölkerung ermutigt werden, diese Macht auch zu nutzen. Was ich in Nationalparlamenten sehe ist das umgekehrte Bild, in Schweden zum Beispiel heißt es dann: “Die EU hat das entschieden also ist es so, und wir können nichts dagegen tun, meh ” Dabei hat gerade das Nationalparlament, besonders in den frühen Stadien der Gesetzgebungsprozesse in der EU, deutlich mehr Interventionsmöglichkeiten als selbst das Europaparlament. Sie müssen sich selbst nur erlauben, das auch zu tun.

[Mehr im Blog](#)

NEUES AUS DEN MEDIEN

[Amerikanische Verwerterlobby plant den großen Wurf](#)

GESCHRIEBEN VON: PATRICK RATZMANN AM: NOVEMBER 24, 2011

Ein Gesetzesentwurf aus den Vereinigten Staaten sorgt derzeit für Kopfschütteln seitens Bürgerrechtsbewegungen in der ganzen Welt. Auch die Piratenpartei zeigt sich beunruhigt, welche Methoden hier ihren Weg in die Gesetzbücher finden sollen.

Der auf Bestreben der US-Filmlobby ausgearbeitete [Stop Online Piracy Act-Gesetzesentwurf \(PDF\)](#) (SOPA) sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, mit denen Websites, die gegen amerikanische Urheberrechte verstoßen oder Urheberrechtsverletzungen “ermöglichen oder erleichtern”, aus dem Netz gefegt werden sollen. So sollen beispielsweise Internetprovider oder auch Suchmaschinen gezwungen werden können, Zugriffe auf derartige Websites zu sperren. Des Weiteren könnten nach dem Gesetzesentwurf Zahlungsdienstleister und Werbenetzwerke verpflichtet werden, Geschäftsbeziehungen zu vermeintlich in Frage kommenden Seiten abubrechen, auch wenn diese nach dem Recht des Landes, in dem sie ihren Sitz haben, legal betrieben werden.

Eine solche Erweiterung der Befugnisse über amerikanische Grenzen hinaus ist seit einiger Zeit schon als Bestrebung zu beobachten und gipfelt in dem Stop Online Piracy Act-Gesetzesentwurf. Zusammen mit dem [PROTECT IP Act \(PDF\)](#) wäre eine Gesetzeslage geschaffen, in der ein Internetdienst, der zum Beispiel in Europa legal betrieben wird, auf Grundlage des US-amerikanischen Rechts in die Knie gezwungen werden könnte. Sollte der Betreiber des Angebotes dagegen vorgehen wollen, so müsste er dies vor einem US-Gericht tun.

Der Maßnahmen-Katalog beunruhigt auch US-Web-Konzerne und die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, da nahezu jede Web-Plattform auch Urheberrechtsverletzungen ermöglicht: von Cloud-Speicheranbietern über Blogs, in denen Songtexte unautorisiert veröffentlicht werden können, bis hin zu Suchmaschinen, mit denen man gezielt nach urheberrechtswidrigen Angeboten suchen kann.

“Der Einsatz derartiger dreister und weitreichender Methoden, um Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, ist strikt abzulehnen. Hier werden Maßnahmen geplant, die von den USA aus dem gesamten Netz den Stempel der Verwerterkonzerne aufdrücken sollen. Wovor europäische Gegner von Internetsperren immer gewarnt haben, sollen nun Realität werden: Internetzensur als Instrument der Unterhaltungsindustrie”, kommentiert Patrick Breyer von der Piratenpartei Schleswig-Holstein den besorgniserregenden Gesetzesentwurf.

Dieser Artikel erschien zuerst auf der [Homepage des LV Schleswig-Holstein](#).

[Mehr im Blog](#)

PIRATENPARTEI

Mein #Padgate nicht mehr... (Update)

GESCHRIEBEN VON: SASCHA NEUGEBAUER AM: NOVEMBER 25, 2011

Nachdem gestern gegen 23 Uhr die Etherpad-Dienste der Piratenpartei unvermittelt heruntergefahren wurden, herrschte zunächst Verwirrung ob der Abschaltung der beliebten Piratenpads. Die Piratenpads stellen einen Ableger bzw. Weiterentwicklung (Fork) der freien Software Etherpad dar und sind nicht nur bei Piraten und Freibeutern zur kollaborativen Erstellung von Texten wie Protokollen, Pressemitteilungen bis hin zu ganzen Parteisatzungen beliebt – sondern auch bei zahlreichen Vereinen und NGOs jenseits der Piraten wie zB. der Occupy-Bewegung oder gar anderen politischen Parteien. So nutzt beispielsweise die Berliner Abgeordnetenhausfraktion der [LINKEN das PiratePad-Angebot](#) der schwedischen Schwesterpartei [Piratpartiet](#).

In die Verwirrung von gestern Abend brachte der kurze Tweet der Piraten-BundesIT kaum Erhellung. Hier hieß es lediglich, dass [die Padservers abgeschaltet wurden](#). Innerhalb von Minuten kamen Erinnerungen an [#servergate](#) im Mai hoch, das Meme [#padgate](#) war geboren und wurde zum Trending Topic auf Twitter. Zu diesem Zeitpunkt war außer den an der Abschaltung Beteiligten, also der BundesIT und dem Bundesvorstand der Piraten, kaum jemand im Bild was wann wo mit welchen Hintergründen geschah.

Man vermutete jedoch schnell einen Zusammenhang mit einem [Artikel des Tagesspiegels](#) bzgl. Kinderpornographie und deren angeblichen Verbreitung mittels Piratenpartei Deutschland und Anonymous. Dies ist mehr als fragwürdig vor dem Hintergrund der langjährigen Forderung der Piraten nach "Löschen statt Sperren" – also kein leicht umkehrbares Sperren von kinderpornographischen Inhalten, sondern ein direktes und dauerhaftes Löschen durch den Dienstanbieter.

Jedoch führte bereits das von Anonymous-Mitgliedern angelegte PiratenPad zur Koordination des DDoS-Angriffes auf die Homepage des französischen Energiekonzerns Elektrizitätsgesellschaft Électricité de France (EDF) zu [#servergate](#) und damit zur Beschagnahmung der bundesweiten IT-Systeme wenige Tage vor der Landtagswahl in Bremen. Vor kurzem lief die Anonymus-Operation [#op-innocence](#), eine von den deutschen Ermittlungsbehörden unabhängige Unteraktion deutscher Mitglieder des losen Internetaktivistenbundes gegen Internetpornographie im Rahmen der [globalen #Operation Darknet](#). Es wäre also denkbar, dass auch hier auf öffentliche Infrastruktur der Piratenpartei zurückgegriffen wurde.

Ca. 20 Minuten nach der Abschaltung der Pad-Server gab es ein kurzes Statement des Bundesvorsitzenden Sebastian Nerz, in dem der Verdacht, dass die Abschaltung von einer Nutzung der Pirateninfrastruktur im Zusammenhang mit Kinderpornographie stehe, bestätigt wurde und in Kürze eine ausführliche Pressemitteilung folge. [Diese ging um 0.15 Uhr online](#) und besagt gleich lautend, dass Pirateninfrastruktur von Unbekannten missbräuchlich genutzt

wurde. Der Bundesvorstandes habe Strafanzeige gemäß § 184b StGB (Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften) gestellt. Seitens des LKA Berlin wurde darüber hinaus nahe gelegt, die gesamte Pad-Infrastruktur abzuschalten um nicht selbst der Verbreitung von Inhalten beschuldigt zu werden.

Wäre die Abschaltung der Piratenpads nicht erfolgt, hätte seitens der Staatsanwaltschaft argumentiert werden können, dass die Verbreitung entsprechenden rechtswidrigen Materials trotz Kenntnis hierüber nicht wirksam unterbunden werden wollte.

Während auch nach der Pressemitteilung noch im Nebel gestochert wurde, gelang es ein paar Mitglieder von Anonymous in den *Dicker Engel*, die Online-Kneipe der Piraten, zu bekommen um zumindest von dieser Seite Informationen zu erhalten. In einem sehr angeregtem Gespräch bis nach 3 Uhr nachts wurde einerseits der [Inhalt des wahrscheinlich für die Anzeige maßgeblichen Pads \(relevante Links bereinigt\)](#) bekannt gegeben und eine [Entschuldigungsmail an die Bundesgeschäftsstelle der Piraten](#) für Unannehmlichkeiten, sofern wirklich die Operationen *Darknet* oder *Innocence* der Auslöser waren, veröffentlicht. Diese lautet im Volltext:

*Hallo Piraten, hier ist Anonymous. Wir haben euer Pad als Plattform genutzt, um untereinander Informationen für die #OP Innocence zu sammeln und zu ergänzen. Diese “#OP Innocence” richtet sich, anders als von der Presse dargestellt, klar _gegen_ Kinderpornographie. Wir hatten _nicht_ die Absicht, die Piratenpartei in irgendeiner Weise mit Kinderpornographie in Zusammenhang zu bringen. Es war ein Fehler von uns, welchen wir sehr bedauern. Es war nicht beabsichtigt, dass dieses Pad an die Öffentlichkeit gelangt und somit die Links zu den gefundenen Seiten weiter verbreitet werden. Allerdings haben die auf dem Pad vorhandenen Links _nichts_ mit Kinderpornographie direkt zu tun. Es waren Links zu Foren, in welchen sich pädophile Menschen treffen und austauschen. Zudem wurde eines der genannten Foren in Schweden gehostet, was wir nicht tolerieren. Wir bedauern diesen Fehler zutiefst und versichern, dass so etwas nicht wieder vorkommen wird. Mit freundlichen Grüßen
Anonymous*

Über weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit #padgate wird die Flaschenpost alle Interessierten auf dem Laufenden halten.

Update 25.11.2011, 12.20 Uhr:

Die Rechtslage kommentiert der Jurist Patrick Breyer von der Piratenpartei Schleswig-Holstein wie folgt: “Nach Paragraph 10 des Telemediengesetzes ist die Piratenpartei als Betreiberin der Piratenpads für von Dritten eingestellte Informationen nicht verantwortlich, solange sie keine Kenntnis von erkennbar rechtswidrigen Inhalten hat und solche nach Kenntniserlangung unverzüglich löscht. Strafbare Inhalte von vornherein zu verhindern, ist im Fall des Piratenpads unmöglich, unzumutbar und von der Rechtsordnung nicht gefordert. Umgekehrt ist das Recht zum Angebot und zur Nutzung von Internet-Veröffentlichungsdiensten wie dem Piratenpad grundrechtlich geschützt. Auch wenn die Meinungsfreiheit und Dienste wie das Piratenpad mitunter zu Straftaten missbraucht werden, überwiegen die Vorteile des freien, anonymen und unbefangenen Meinungs- und Informationsaustauschs für uns alle und für die Gesellschaft insgesamt bei weitem.”

[Mehr im Blog](#)

Anträgevergleich Staat und Religion

GESCHRIEBEN VON: PETER OLIVER GREZA AM: NOVEMBER 19, 2011

Die Trennung von Staat und Religion ist ein wichtiger Bestandteil des Grundgesetzes. Deutschland besitzt keine Staatskirche, auch wenn das Christentum weitverbreitet ist und entgegen der Auffassung des Laizismus manche staatliche Aufgaben mit übernimmt. Wie zum Beispiel die Leitung von Kindergärten, Sozialstationen, etc.

Die Programmanträge zu diesem Thema unterscheiden sich in einigen Punkten, die hier herausgestellt werden sollen.

PA001 – Staat, Religion und Weltanschauung

“Die Piratenpartei bekennt sich zur Religionsfreiheit und Weltanschauungsfreiheit ebenso wie zur strikten Neutralität gegenüber allen Religionsgesellschaften und weltanschaulichen Vereinigungen. Sie betrachtet das religiöse und weltanschauliche Bekenntnis und dessen Ausübung als individuelles Freiheitsrecht in der Verantwortung des Individuums. Sie ist gegen jede Privilegierung und Diskriminierung von Religionsgesellschaften und weltanschaulichen Vereinigungen und fordert von diesen die Achtung und Befolgung aller im Grundgesetz und anderen Rechtsvorschriften vorgegebenen Regelungen. Die Piratenpartei steht für eine klare Trennung von Staat und Religion im Sinne des Laizismus. Es kann Regelungen zwischen Staat, Religionsgesellschaften und weltanschaulichen Vereinigungen geben, die dann für alle gleichermaßen gelten.”

Zusammenfassung PA001

Dieser Programmantrag verlangt Religions- und Weltanschauungsfreiheit und eine strikte Neutralität gegenüber allen Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Vereinigungen. Jeder Einzelne hat dabei das Recht, selbst über seine ausgeübte Religion zu bestimmen. Weiterhin sollen Religionsgemeinschaften und weltanschauliche Vereinigungen dazu gezwungen sein, sich an das Grundgesetz zu halten. Schließlich wird im Sinne des Laizismus eine komplette Trennung von Staat und Religion gefordert, mit der Einschränkung, dass Regelungen zwischen Staat und Religion möglich sind, sich aber auf jede Weltanschauungsgemeinschaft beziehen müssen.

PA004 – Verhältnis von Staat und Religion

“Piraten setzen sich für einen pluralen, modernen und weltanschaulich neutralen Staat ein. Unser freiheitlicher Staat kann aber nur bestehen, wenn die Freiheit, die den Bürgern garantiert ist, auch von den Bürgern getragen und allgemein gewollt wird. Dies darf der Staat nicht mit Rechtsmitteln erzwingen, da er sich dadurch gegen eine plurale Gesellschaft stellen würde. Rechtlich ist ein freiheitlicher Staat, in dem unterschiedliche weltanschauliche Strömungen friedlich zusammen leben, nicht erzwingbar. Deshalb hat auch der Staat Interesse an Wertevermittlung, denn er ruht auf Voraussetzungen, die er nicht selbst schaffen kann. Dabei ist unser weltanschaulich neutraler Staat auf die Entwicklung und Vermittlung von Werten außerhalb staatlicher Strukturen angewiesen. Diese geschehen in Familien, in Glaubens-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie in anderen informellen sozialen Gruppen. Hierzu bedarf es der Regelung von gemeinsamen Angelegenheiten der

Wertegemeinschaften und des Staates, die auch die Interessen derjenigen Bürger einbeziehen, die sich keiner solchen Gemeinschaft zugehörig fühlen. Unangemessen erscheint uns Piraten das Vorgehen des Staates, einzelne Glaubensgemeinschaften zu bevorzugen. Vielmehr darf die im Grundgesetz festgeschriebene weltanschauliche Neutralität und Religionsfreiheit nicht ausgrenzen. Sie muss kooperativ im Kontext des Wertevermittlungsinteresses des Staates mit allen an Wertevermittlung interessierten Gruppierungen gestaltet werden. Dabei muss der Staat darauf bestehen, dass die Menschen- und Gesellschaftsbilder der jeweiligen Gruppierungen die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes achten.”

Zusammenfassung PA004

Diese Formulierung fordert im ersten Satz einen pluralistischen, modernen und weltanschaulich neutralen Staat. Die Freiheit muss von den Bürgern gewollt und mitgetragen werden, nicht vom Staat “erzungen”. Hier holt der Antrag etwas aus, um diese eigenartige Formulierung zu erklären. Im Grunde ist gemeint, dass friedliche Koexistenz vom Staat nicht erzwungen werden kann und dass daher bei den Wurzeln, also der Erziehung, mit einer Wertevermittlung begonnen werden muss. Diese Wertevermittlung kann der Staat nicht alleine übernehmen, sondern muss diese Aufgabe an Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereine abgeben. Dabei sollen auch die Interessen der religionslosen Bürger beachtet werden. Es soll weiterhin keine Glaubensgemeinschaft vom Staat bevorzugt werden. Der Staat arbeitet im Kontext mit den Religionsgemeinschaften zusammen, um die Wertevermittlung zu koordinieren. Die Glaubensvereinigungen müssen sich an das Grundgesetz halten und kontrolliert werden.

PA012 – Gleichstellung von Kirchen mit gemeinnützigen Vereinen

Die Piratenpartei setzt sich für eine klare Trennung von staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten ein. Von daher fordern wir die gesetzliche Gleichstellung von Kirchen mit gemeinnützigen Vereinen inklusive aller dazugehörigen Konsequenzen (z.B. keine Erfassung der Religionszugehörigkeit durch den Staat, Abschaffung der Kirchensteuer und eine Demokratisierung der Kirchen gemäß des Vereinsrechtes).

Zusammenfassung PA012

Der offensichtlich kürzeste Antrag fordert eine Trennung von staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten, definiert diese aber nicht näher. Kirchen sollen mit gemeinnützigen Vereinen gleichgestellt werden. Daraus folgt, dass es keine Erfassung der Religionszugehörigkeit, keine Kirchensteuer und eine Demokratisierung der Kirchen gemäß des Vereinsrechtes gibt.

PA041 – Für die Trennung von Staat und Religion – Grundsatzprogramm

Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Diese Freiheiten zu garantieren, ist Verpflichtung für das Staatswesen. Dabei verstehen wir Piraten unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Wir erkennen und achten die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann. Trotz der von Verfassungen wegen garantierten Religionsfreiheit ist das Staatswesen der Bundesrepublik nicht frei von religiöser (und weltlicher) Privilegierung der traditionellen christlichen Kirchen. Hier gibt es einen Widerspruch, der durch Immigration und religiöse Differenzierung in der Gesellschaft zu größeren Verwerfungen führen kann. Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche

Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen. Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzuheben, ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen kann nicht gerechtfertigt werden.

Zusammenfassung PA041

Der letzte Antrag zu Staat und Religion fordert die Freiheit der Religionsgemeinschaften, woraus auch eine Freiheit von religiöser Bevormundung folgt. Die Bedeutung der Religion für ein Individuum wird geachtet. Der Antrag wirft dem deutschen Staat die Bevorzugung traditionell christlicher Kirchen vor, womit der Staat gegen das Grundgesetz verstößt. Dieser Verstoß kann laut des Antrages zu größeren Verwerfungen zwischen den Religionsgemeinschaften führen. Um das Gemeinwesen nicht zu gefährden, muss die Neutralität des Staates wiederhergestellt werden. Es wird ein säkularer Staat gefordert, in dem religiöse und staatliche Belange strikt getrennt werden. Der Staat darf keine einzelne Religionsgemeinschaft finanziell oder strukturell fördern. Ebenfalls nicht zu rechtfertigen ist die Erhebung von Religionszugehörigkeit und Kirchensteuer.

Kurzvergleich der Anträge

	PA001 PA004		PA012 PA041	
Trennung v. Staat u. Kirche	J	J	J	J
Laizismus	J	N	N	N
Regelungen möglich	J	J	/	/
Wertevermittlung	Staat Kirche+Staat /		Staat	
Gleichstellung Kirche m. Vereinen	N	N	J	N
Abschaffen von Kirchensteuer+Religionserfassung	J	N	J	J

Fazit

Zusammenfassend ist zu sagen, dass PA041 neben PA001 am weitesten geht, was die Trennung von Staat und Kirche angeht. Beide Anträge fordern im Grunde einen Laizismus. Der Antrag PA004 sieht im Gegensatz dazu die Zusammenarbeit der Kirche mit dem Staat vor, um die Wertevermittlung zu garantieren. Der Antrag PA012 ist im Grunde zu kurz, um alle wichtigen Punkte beinhalten zu können, fordert aber als einziger die Herabstellung von Kirchen zu Vereinen mit allen Konsequenzen.

[Mehr im Blog](#)

Bundesschatzmeister René Brosig hat unter Mithilfe von zahlreichen Finanz-, Verwaltungs- und Basispiraten eine neue Finanzordnung entworfen. Diese basiert auf der Grundlage des Antrages von Bernd Schlömer auf dem letzten Bundesparteitag, wurde jedoch grundlegend überarbeitet. Dabei wurden auch viele bisherige Kritikpunkte eingearbeitet.

Der Antrag wurde von René Brosig im Dicken Engel ausgiebig vorgestellt. Freundlicherweise hat Kai Uppenbrink für uns die Aufzeichnung dieser Talkrunde zurechtgeschnitten. Daher gibt es nun bei uns eine Zusammenfassung aller Erläuterungen:

[Download](#)

und eine Zusammenfassung der Fragerunden:

[Download](#)

Wer richtig viel Detailtiefe will, kann sich die [Gesamtaufnahme des Dicken Engels](#) anhören. Für alle Kurzangebundenen haben wir hier die wichtigsten Änderungen zusammengefasst:

- Anpassung der Finanzordnung an neue Mitgliederstärke, denn die jetzige stammt noch aus der Zeit mit 1.000 Mitgliedern. Beteiligung der Länder in Finanzfragen, Rechtssicherheit.
- Beitragshöhe und Aufteilung bleiben unverändert.
- Finanzrat erarbeitet Vorschläge, keine Beschlüsse weil er sonst Organ wäre und entsprechend gewählt werden müsste. Organwahl wie BuVo und BSG würde nicht für Gleichberechtigung zwischen Ländern sorgen. Gremium hat nur beratende Funktion. Wahl in Gliederungen. Jeder LV wählt zwei Mitglieder in den Finanzrat. Vertreter des BuVo ist der Bundesschatzmeister. Rat erarbeitet Vorschlag zu Höhe und Verteilung des Beitrags.
- Beitragsminderungen werden von der Mitgliedsgliederung entschieden, nicht mehr vom BuVo.
- Jetzt können auch Auslandspiraten problemlos durch den Bundesverband betreut werden.
- Beitragszahlung / Verzug: Bisher zwei widersprüchliche Regelungen. Stimmrecht in dem Fall: Jetzt nur noch laut Satzung, Stimmrecht entfällt sofort bei Verzug.
- Beitragsabführung an Bund ist nun auch geregelt.
- Vereinnahmung nun durch zuständige Gliederung. Lastschrift wird durch neue Software leichter ab nächstem Jahr, kann dann zentral durch den Bund geregelt werden (wenn gewünscht). Gliederungen können den Beitragseinzug bei Bedarf nach oben delegieren.
- Strafvorschrift für unzulässige Spenden: Momentan haftet die ganze Partei und muss Strafe zahlen. Evtl. Strafzahlungen können künftig den verursachenden Gliederungen belastet werden (müssen aber nicht).
- Spendenbescheinigungen stellt die Gliederung aus, der das Geld zusteht.
- Verpflichtender Haushaltsplan und Budgetrecht. Haushaltsplan muss aufgestellt werden, Ausgaben können nur getätigt werden, wenn Geld da ist. Außerdem automatischer Ausgabenstopp bei Budgetüberschreitungen.
- Parteienfinanzierung: Derzeit entscheidet der Bundesvorstand über die Aufteilung des Bundesanteils an der Parteienfinanzierung. Das hat bisher die Verwaltungskonferenz beratend getan, nun wird es zur Regel.
- Wirtschaftliche Aktivitäten werden auf Bundesebene gebündelt. Das ist durch

Wertgrenzen und juristische Fragen notwendig. Das ist nicht als dauerhafte Lösung gedacht, soll aber in der Übergangsphase den reibungslosen Ablauf sicherstellen.

- Möglichkeit von Vergütung für ehrenamtliche Tätigkeit wird auch außerhalb einer beruflichen Betätigung eingeräumt. Außerdem sind pauschale Aufwandsvergütungen möglich. Das reduziert drastisch die Zahl der Einzelbelege.

[Mehr im Blog](#)

Dicker Engel: Besprechungen von Programmanträgen zum kommenden BPT

GESCHRIEBEN VON: SEBASTIAN GREINER AM: NOVEMBER 25, 2011

Der *Dicker Engel*, der virtuelle Piratentreff, bietet bis zum kommenden [Bundesparteitag](#) regelmäßig abendliche thematische Besprechungen der [eingereichten Programmanträge](#) an. Viele Antragsteller in verschiedenen Antragsgruppen stellen ihre Anträge vor und Ihr seid herzlich eingeladen zuzuhören, Fragen zu stellen und Kritik zu äußern. Den *Dicker Engel* findet Ihr auf dem NRW-Mumble-Server:

- Bezeichnung: *frei wählbar*
- Adresse: mumble.piratenpartei-nrw.de
- Port: 64738 (*Standard*)
- Benutzername: *frei wählbar, ohne Leerzeichen*
- Passwort: *kann leer bleiben*

Tipps zur Installation und Einrichtung von Mumble findet Ihr auch [hier](#).

Die Abende sind wie folgt nach Themen gegliedert:

- 25.11.2011, 20:00 Uhr: "Jugendschutz & weitere"
- 28.11.2011, 20:00 Uhr: "Wirtschaftssystem / Steuern / Finanzen"
- 29.11.2011, 20:00 Uhr: "Rassismus und plurale Gesellschaft, Staat & Religion"
- 30.11.2011, 20:00 Uhr: "Mindestlohn / Hartz IV"
- 01.12.2011, 20:00 Uhr: "Urheberrecht"

Nutzt die Chance Euch über die Anträge direkt bei den Erstellern zu informieren. Bisher wurden zur Vorbereitung auf den BPT11.2 folgende Themen im *Dicker Engel* besprochen und als Aufzeichnung verfügbar:

- 10.11.2011, 20:00 Uhr: "[Entwurf einer neuen Finanzordnung](#)" (vg. [Flaschenpost-Artikel](#))
- 15.11.2011, 20:00 Uhr: "[Wahlrecht & Demokratie](#)"
- 18.11.2011, 20:00 Uhr: "[Drogen / Sucht | Reform der Öffentlich-Rechtlichen Medien](#)"
- 21.11.2011, 19:00 Uhr: "[Orga BPT](#)"
- 21.11.2011, 20:00 Uhr: "[Bildung](#)"
- 22.11.2011, 20:00 Uhr: "[Elektronische Gesundheitskarte | Sterbehilfe](#)"
- 23.11.2011, 20:00 Uhr: "[BGE / ReSET](#)"

[Mehr im Blog](#)

6% in Schleswig-Holstein

GESCHRIEBEN VON: PATRICK RATZMANN AM: NOVEMBER 24, 2011

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, würde laut der letzten [Forsa-Umfrage](#) vom 18.11.2011, die Piratenpartei mit 6% in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einziehen. Dies ist umso erfreulicher, als der Wahlkampf noch gar nicht begonnen hat und die meisten PIRATEN damit beschäftigt sind, genug Unterstützungsunterschriften für die Listen- und Direktkandidaturen zu sammeln. Andererseits spiegelt diese Umfrage wiederholt das Vertrauen der WählerInnen in die PIRATEN-Partei und zugleich die immense Unzufriedenheit mit dem Angebot der Etablierten wider. Für die PIRATEN ist dieser Umstand umso mehr ein Ansporn ihre Bemühungen noch zu verstärken. Das Ziel ist mit dem Einzug in den Landtag im Mai 2012 eindeutig formuliert, denn Berlin wird nicht nur von den Schleswig-Holsteinischen PIRATEN, sondern auch von den Bundes-PIRATEN als der erste Schritt auf dem Weg in alle Landtage angesehen. Dass dieser Erfolg auch in einem Flächenland wiederholbar ist, deutet die Forsa-Umfrage bereits jetzt an. Dies Realität werden zu lassen, ist Ziel der gebündelten Bemühungen aller Parteiebenen für die nächsten Monate

[Mehr im Blog](#)

Landesparteitag des LV Nordrhein-Westfalen

GESCHRIEBEN VON: MARTIN WAIBL AM: NOVEMBER 23, 2011

Mehr als 270 Piraten besuchten am 19. und 20. November den Landesparteitag 2011.2 des LV NRW in Soest. Der mittlerweile 3.000 Mitglieder fassende LV richtete diesen Parteitag aus, um über Anträge zu Satzung, Programm und zu Positionspapieren zu entscheiden.

Am Samstag wurden zahlreiche Anträge zu den Themen Scientology, Fracking, Wistleblowing und Drogen- sowie Umweltpolitik behandelt und beschlossen. Der Sonntag war dann zum größten Teil der Debatte und der Abstimmung über eine neue Satzung gewidmet. Auch hier können die NRW-Piraten Vollzug melden. Nach fast zweijähriger Diskussion wurde nun mit 76% Zustimmung der Anwesenden eine neue Satzung verabschiedet. Den Mitgliedern in NRW stehen nun neben den klassischen Modellen wie Kreisverbänden und dem bewährten Crewmodell weitere Strukturen wie das „Piratenbüro“ und virtuelle „Kreisverbände“ zur Verfügung. Darüber hinaus wird durch die neue Satzung der Vorstand in Sachen Verwaltungs- und Finanztätigkeit deutlich entlastet. Die neue Satzung steht aber natürlich weiterhin im Zeichen der Basisdemokratie und macht es den Basispiraten in Zukunft noch leichter, sich konstruktiv in der Parteiarbeit einzubringen.

Weitere Infos zum LPT 2011.2 in NRW findet ihr hier im [Piratenwiki](#).

Der Parteitag wurde auch von Piraten-Streaming live übertragen. Hier findet ihr die Aufzeichnungen von [Samstag](#) und [Sonntag](#).

[Mehr im Blog](#)

PODCASTS

Flaschentalk #22 – Die Antragskommission zum BPT 11.2

GESCHRIEBEN VON: KAY GERLACH AM: NOVEMBER 24, 2011

Im Gespräch mit [Sylvia Poßenau](#), ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der Piraten in Thüringen und Mitglied der Antragskommission zum 2. Bundesparteitag der Piraten 2011 in Offenbach am 3./4. Dezember, erfuhr die Flaschenpost alles über die Arbeit der Antragskommission.

[Download](#)

[Mehr im Blog](#)

Impressum:

Redakteure der Flaschenpost:

Michael Renner, Andreas Heimann, Patrick Ratzmann,

Tobias M. Eckrich, Manele Roser, Martin Waibl, Max Brauer,

Daniel Ebbert, Sascha Neugebauer, Thomas Herzog, Gefion Thürmer

Feedback? Bitte an redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de

Sie bekommen diese E-Mail, weil Sie den Bundesnewsletter

der Piratenpartei abonniert haben. Möchten Sie diesen Newsletter

abbestellen, befolgen Sie einfach die nötigen Schritte auf folgender Seite:

<https://service.piratenpartei.de/mailman/listinfo/newsletter>

FÜR DIESEN NEWSLETTER IST VERANTWORTLICH DIE

PIRATENPARTEI DEUTSCHLAND VERTRETEN DURCH GEFION THÜRMER

PFLUGSTRASSE 9A - 10115 BERLIN

E-MAIL: GESCHAEFTSSTELLE (AT) PIRATENPARTEI.DE - FAX: 030/27596805